

# Transit

EUROPÄISCHE REVUE

## **Demokratische Politik: Die Agenda der Zukunft**

- Charles S. Maier** Territorialisten und Globalisten  
**Claus Leggewie** Neokapitalismus und Neue Linke  
**Andrzej Rapaczynski** Wie effizient ist die Demokratie?  
**Cornelia Klinger** Politik der Bewegung  
**Pierre Hassner** Die Zukunft der internationalen Ordnung  
**Josef Joffe** Amerika und das Paradox der Vorherrschaft  
**Charles Taylor** Demokratie und Ausgrenzung  
**R. Münz / R. Ulrich** Deutschland und seine Fremden  
**Shlomo Avineri** Religion und Öffentlichkeit  
**Bernard Lewis** Demokratie und Religion im Nahen Osten  
**Branko Lenart** Tito. Photographien  
**A.Smolar und W. Osiatynski** zur polnischen Verfassungsdebatte  
**D. Kalb und Z. Ferge** zur Sozialpolitikdebatte  
**Transit-Diskussion** Brauchen wir die Universität noch?  
**Peter Glotz und Dieter Simon**  
**Susanna Roth** Bohumil Hrabal – Ein unverdientes Ende  
In memoriam **Susanna Roth und François Furet**

*Pierre Hassner*

## DIE KRISE DER DEMOKRATIE UND DIE ZUKUNFT DER INTERNATIONALEN ORDNUNG

»Zeitalter der Extreme« hat der Historiker Eric Hobsbawm das 20. Jahrhundert genannt. Nichts ist banaler als der Hinweis darauf, wie sehr die spektakulären Fortschritte in Sachen Wissenschaft, Wohlstand, aber auch Demokratie, und die Erfahrung der beiden Weltkriege und der beiden totalitären Systeme auseinanderklaffen. Weniger offensichtlich ist die Transformation der Gegensatzpole selber: die Art zum Beispiel, wie der klassische Gegensatz zwischen innerem Frieden und äußerem Krieg auf den Kopf gestellt wird oder wie Widersprüche überwunden, dann aber weder durch eine dauerhafte Pattsituation noch eine befriedigende Synthese, sondern durch neue Widersprüche abgelöst werden.

Eben dieser Bewegung wollen wir, soweit sie die Beziehungen zwischen Demokratie und internationaler Ordnung betrifft, im folgenden nachgehen. Wir beginnen mit den klassischen Vorstellungen von der internationalen Ordnung, wie sie von den beiden Denkschulen der *International Relations*, den Idealisten und den Realisten, vertreten werden, und befassen uns schließlich mit dem aktuellen Konflikt zwischen wirtschaftlicher Verflechtung und kultureller Identität. Im Mittelpunkt unserer Untersuchung steht jedoch die Frage, wie sich die Veränderungen von Krieg und Frieden und jene von Staat und Zivilgesellschaft zueinander verhalten.

### *Jenseits von Idealismus und Realismus*

Das Ende des Kalten Krieges und die anschließenden Jahre bieten eine jener seltenen Gelegenheiten in den internationalen Beziehungen, wo die Geschichte selber die Bedingungen eines Laborexperiments bereitstellt. Nie hätte die »neorealistische« Lehre vom Machtgleichgewicht qua Staatenrivalität prognostizieren können, daß die Sowjetunion eines Tages Deutschland und Osteuropa ohne Krieg aufgeben würde. Zugleich aber führte die Situation nach dem Mauerfall – entgegen der idealistischen Lehre – keineswegs zu einem »Weltfrieden qua Weltrecht«. Die Hoffnungen darauf, daß an die Stelle der auf Macht und Gleichgewicht setzenden Politik nun eine auf kollektive Sicherheit gegründete »neue Weltordnung« treten würde, zerschlugen sich schon bald: nach dem Golfkrieg und mehr

noch nach dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Die Macht der Staaten mag im Schwinden begriffen sein; abgelöst wird sie aber nicht etwa durch die Machtbefugnis internationaler Organisationen oder supranationaler Behörden – sondern durch private ökonomische oder gesellschaftliche Kräfte und Netzwerke auf nationaler oder transnationaler Ebene.

In der wissenschaftlichen Debatte und im Bewußtsein der Öffentlichkeit haben sich drei alternative oder komplementäre Modelle herauskristallisiert. Überschreiben könnte man sie mit: *Weltmarkt*, *internationale Gesellschaft* und *transnationale Turbulenz*.

Den größten Einfluß hat vermutlich das erste Modell. Ob als Markt, ökonomische Verflechtung oder Globalisierung, die Dynamik des Kapitalismus ist noch eindrucksvoller, als Marx sie im *Kommunistischen Manifest* geschildert hat. Sie verändert nicht nur die einzelne Gesellschaft, sondern internationale Mechanismen; durch die Anziehungskraft des Wohlstands, durch die Bewegungen von Geld und Menschen läßt sie mächtige Länder zerfallen und gibt ihnen neue Gestalt. Weit mehr als die Mechanismen des militärischen und diplomatischen Machtgleichgewichts ist sie die eigentlich bewegende Kraft hinter der gegenwärtigen Metamorphose der internationalen Ordnung.

Was sie freilich nicht aufhebt, ist die Rolle der Staaten. Im Gegenteil, vermehrte Kommunikation und Verflechtung erfordern vermehrte Koordination und Regulierung. Aus dem Umgang mit der Interdependenz erwächst das zweite Modell, die *internationale Gesellschaft*. Selbst ohne übergeordnete Autorität einigen sich die Staaten – entweder stillschweigend oder *expressis verbis* – auf bestimmte Regeln der Zusammenarbeit: Wie diese dann betrachtet werden, ob rein funktional und auf bestimmte Aspekte und Problemfelder bezogen (so im Begriff der »internationalen Regime«) oder als Grundlage für ein Netz von Gewohnheiten und Institutionen, das zu einer internationalen Ordnung führt<sup>1</sup>, ist umstritten. Strittig ist ferner, ob sich das System eher durch Hierarchie oder durch Gegenseitigkeit auszeichnet: Sollte man es als »Regieren ohne Regierung« und »Zusammenarbeit ohne Hegemonie« bezeichnen oder als »sanfte Hegemonie«, bei der der Hegemon natürlich die Vereinigten Staaten sind? In jedem Fall macht dieses Modell einen weniger deterministischen und riskanten Eindruck als die Bipolarität oder das multipolare Gleichgewicht der Mächte.

Aber ist es nicht im Grunde noch anfälliger? Ist es nicht lediglich ein »Schönwettersystem«, das den Stürmen einer schweren Krise nicht standzuhalten vermag? Eben diese Frage wirft das dritte Modell auf, das wir *transnationale Turbulenz* genannt haben. Als in den 60er und 70er Jahren das Thema transnationale Politik und Gesellschaft aufkam, hatte es noch viel mit ökonomischer Verflechtung zu tun; Schwerpunkte waren

multinationale Unternehmen und Integration. Heute gilt das Augenmerk eher dem, was man »Trevi-Transnationalismus« nennen könnte – in Anlehnung an den Namen der von der Europäischen Union eingesetzten Arbeitsgruppe, die sich mit Problemen wie Terrorismus, Radikalismus, Umwelt (environment) und Gewalt (violence) befassen sollte (hinzuzählen ließen sich auch Migrationen, Drogenschmuggel, Waffenhandel und -weiterverbreitung, Geldwäsche, unkontrollierte Spekulation etc.). Allem Anschein nach entzieht sich der Zusammenschluß, die Verbindung finanzieller, krimineller und religiöser Netzwerke weitgehend der Kontrolle sowohl der einzelnen Staaten als auch der internationalen Institutionen und schafft es, die Rationalität der traditionellen, sowohl ökonomischen wie diplomatischen und militärischen Mechanismen zu verzerren. Damit sind wir bei unserem zweiten Thema.

### *Jenseits von Krieg und Frieden*

Die politische Philosophie des Westens – von Thomas Hobbes über Carl von Clausewitz und Max Weber bis zu Raymond Aron – stand immer in einem theoretischen Bezugsrahmen, demzufolge Innen- und Außenpolitik sich folgendermaßen unterscheiden: Innenpolitisch befinden sich die modernen Nationen im zivilen Zustand, also in einem Zustand des Friedens, bei dem der Staat das Gewaltmonopol innehat, außenpolitisch hingegen im Naturzustand, also in einem potentiellen Kriegszustand, bei dem der Staat sich das Recht vorbehält, als Alternative zu Verhandlungen auch Gewalt anzuwenden, und der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gilt. Heute ist dieses Modell immer weniger brauchbar. Wie die einschlägigen Untersuchungen belegen, sind die aktuellen gewaltsamen Konflikte in ihrer großen Mehrzahl Bürgerkriege.<sup>2</sup> Im Bereich der OECD kommt ein Krieg (etwa mit dem Ziel der Landnahme) zwischen Nachbarländern und traditionellen Rivalen wie Frankreich und Deutschland oder Schweden und Dänemark überhaupt nicht mehr in Frage, und Griechenland und die Türkei bilden nur die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Unzweifelhaft geht dies nicht bloß auf die gemeinsame Feindschaft gegen die Sowjetunion im Kalten Krieg und auf die Atomrüstung zurück. Man kann getrost davon sprechen, daß zwischen entwickelten Staaten der Krieg im Schwinden begriffen ist.

Hüten muß man sich freilich, dieses Phänomen umstandslos auf den ganzen Planeten oder auf sämtliche Formen von Gewalt auszudehnen oder es uneingeschränkt zum Merkmal der Demokratie zu erklären. Die politologischen Zeitschriften in Amerika sind voll mit Debatten über folgende zwei Gleichungen: »Wohlstand führt zu Demokratie, Demokratie führt zum Frieden«. Für beides gibt es zwar viele Belege, aber es gibt auch

zahlreiche Ausnahmen, je nachdem wie man Demokratie definiert und die vielen Kriege zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Staaten interpretiert. Selbst die schwächere Version »Demokratien bekämpfen sich nicht« ist nicht das letzte Wort zum Thema. Der mäßige Einfluß pluralistischer Institutionen und die Tatsache, daß zwischen offenen, demokratischen Ländern weniger Raum für Mißverständnisse bleibt, sind gewiß wichtige Faktoren, aber daneben gibt es viele andere: das nachlassende Bevölkerungswachstum, durch welches das Leben des Einzelnen an Wert gewinnt; die Urbanisierung, durch die das Territorium an Wert verliert; Technologie und Produktivität, durch die der Wert von Bevölkerung und Rohstoffen als Quellen des Reichtums relativiert wird; und vor allem der bürgerliche Individualismus. Der Hauptfaktor aber besteht wohl darin, daß die entwickelten Gesellschaften des Westens zivile, säkularisierte, private Konsumgesellschaften sind, in denen persönlicher Genuß und Anteilnahme eine größere Rolle spielen als Ruhm oder Aufopferung für eine kollektive Sache. Genau dies hat Benjamin Constant in unübertrefflicher Klarheit gezeigt, als er die Freiheit der Alten von der Freiheit der Modernen unterschied und – in der Schrift *De l'esprit de conquête* – die Französische Revolution und Napoleon kritisierte, weil beide aus den Menschen der Moderne wieder Spartaner oder Römer machen wollten.

Die hier skizzierte Entwicklung ist indessen kein reiner Segen. Zunächst einmal gibt es keinen Grund anzunehmen, entwickelte demokratische Gesellschaften seien immun gegen die von Freud so genannte »Wiederkehr des Verdrängten«, die sich in Wellen von Angst und Haß sowie der periodischen Suche nach Sündenböcken äußert. Wie Freud hervorhebt, kann die Barbarei der Zivilisierten, die nicht mehr in der traditionell gewaltförmigen Kultur der Jäger und Krieger sozialisiert wurden, nur umso grausamer und haltloser sein, sobald die gesellschaftlichen und moralischen Tabus gebrochen sind. Die totalitären Regime wären gewiß ein Beleg dafür.

Der zweite und hiermit eng verknüpfte Grund zur Besorgnis (oder wenigstens zur Wachsamkeit) ist ein doppelter: Apathische, unpolitische Mehrheiten werden oftmals eine leichte Beute für organisierte, machtungshungrige oder fanatische Minderheiten – und friedliche, wirtschaftlich orientierte Gesellschaften tun sich schwer im Umgang mit der Gewalt, gleichgültig ob mit inner- oder zwischenstaatlicher. Was man, frei nach Nietzsche, die bürgerliche Insel des letzten Menschen nennen könnte, ist umgeben und durchdrungen von Gesellschaften und Gruppen, deren Moralkodex ganz anders aussieht. Im Osten und Süden finden Kriege statt, die entweder aus dem Zusammenbruch ganzer (kolonialer oder kommunistischer) Weltreiche entstehen oder aus der Sucht nach Law-and-Order – Kriege um Grenzziehung oder Staatenbildung oder auch einfach um Rassen- und Religionsunterschiede, besseres Land oder die Möglich-

keit, Bevölkerungsgruppen auszuplündern. Ein plastisches Beispiel für die Verbindung zwischen bürgerlicher und traditionell kriegsförmiger Kultur sind die Unterhandlungen zwischen einem japanischen UN-Bürokraten à la Akashi und einem machohaften Gangster à la Mladic oder Karadzic.

Fast könnte man versucht sein, von einem friedlichen Zentrum und einer kriegerischen Peripherie zu sprechen; aber die Kriege der Peripherie sind eben keine echten Kriege, wenigstens nicht im Clausewitzschen Sinn, und der Frieden des Zentrums ist kein echter Frieden, wenigstens nicht im Sinn von Eintracht und Rechtsstaatlichkeit. Beide Male besteht das Hauptphänomen im Verfall oder Verschwinden des traditionellen souveränen Staates der Moderne, seines Gewaltmonopols oder seiner Fähigkeit, externe Kriege zu führen. Wenn man das Zentrum als in bestimmter Hinsicht postnational oder postmodern und die postimperialistische Peripherie als in bestimmter Hinsicht pränational oder prämodern bezeichnen möchte, sollte man folgende Bemerkung Robert Coopers bedenken: »Es mag sogar sein, daß die Postmoderne und die Prämoderne vieles gemeinsam haben und daß es der starke Staat der vergangenen drei Jahrhunderte ist, der die historische Anomalie darstellt.«<sup>3</sup>

Unterm Blickpunkt von Krieg und Gewalt mag deutlich werden, was ich die »Dialektik von Bürger und Barbar«<sup>4</sup> genannt habe, jene neue Version der Hegelschen Herr-Knecht-Dialektik, die die bei Raymond Aron so wichtige Dualität von Diplomat und Soldat ablöst.<sup>5</sup> Die schon von Hegel gesehene Entwicklung, in deren Verlauf durch die Erfindung der Feuerwaffen Heldentum und Nahkampf verdrängt werden, wird von der bürgerlichen Gesellschaft bis zur letzten Konsequenz getrieben. Was die amerikanischen Strategen als »Revolution im Militärwesen« bezeichnen, ist nichts anderes als die Substitution der von Clausewitz propagierten Vernichtung des Feindes durch Informationsübermacht. Die technologische Überlegenheit eröffnet die Chance, den Feind blind oder bewegungsunfähig zu machen, ohne wirklich kämpfen zu müssen. Das in die Formel »zero deaths« gefaßte Ziel besteht in erster Linie darin, das Leben der amerikanischen Soldaten zu schonen, aber so weit irgend möglich auch das Leben der betroffenen Zivilbevölkerung. Technologie brächte es also zur Versöhnung von Eigeninteresse und Moral.

Am Gegenpol, nämlich im Fall von Terrorismus und ethnischer Säuberung, wie sie uns in Algerien oder Bosnien, im Sudan oder in Ruanda begegnen, wird die Zivilbevölkerung bewußt zum Zielobjekt für Massaker oder Plünderungen, für Belagerung oder Vertreibung erklärt. Sehr oft haben rivalisierende Banden die Tendenz, miteinander zwar schonend umzugehen, gegenüber der schutzlosen Bevölkerung aber in einen Wettstreit der Grausamkeit oder Ausbeutung zu treten.

Dies beschränkt sich keineswegs auf prämoderne Formen der Kriegs-

führung. Die massiven Bombardierungen der Russen in Tschetschenien oder der Alliierten im Zweiten Weltkrieg zeigen, daß die neuen technologischen Möglichkeiten und moralischen Rücksichten der bürgerlichen Gesellschaften durch die Logik der Vernichtung und Unterdrückung leicht über Bord geworfen werden können. Zwar führt der herrschende ökonomische Trend zur Verbürgerlichung des Barbaren, und der Gangster von heute wird zum Geschäftsmann von morgen; aber es gibt eine andere Logik, die zur Barbarisierung des Bürgers führt: die Logik der Angst und Ausgrenzung angesichts der mit Terrorismus und Immigration verbundenen Unsicherheit. Zur Zeit des Kalten Krieges fürchteten viele, die westlichen Gesellschaften könnten militaristisch werden. Die heutige Gefahr ist weniger, daß sie zu Garnisonsstaaten, als daß sie zu Polizeistaaten werden. In einem schon klassischen Ablauf könnte Anarchie zu Tyrannei führen.

Folgt man den alarmierenden Ergebnissen, zu denen Rudolph Rummel in seinen Untersuchungen gelangt ist, dann wurden die Opfer der Massensterben im 20. Jahrhundert in ihrer großen Mehrzahl von der eigenen Regierung umgebracht.<sup>6</sup> In sämtlichen Kriegen des Jahrhunderts, einschließlich der zwei Weltkriege, kamen etwa 35 Millionen Menschen ums Leben, in den zahlreichen Völkermorden und Konzentrationslagern hingegen etwa 150 Millionen. Zwar sind Krieg, Revolution und Genozid (oder – mit dem allgemeineren Begriff, den Rummel vorschlägt – »Demozid«) schwer voneinander zu trennen, aber beides, die Erfahrung vordem unvorstellbaren Unheils und das Ende des Kalten Krieges lehrt, daß die totalitäre Gefahr, die aus der Mitte der Gesellschaft kommt, bedrohlicher ist als die Gefahr von Rüstungswettlauf und zwischenstaatlicher Rivalität.

### *Jenseits von Anarchie und Tyrannei*

Damit sind wir von den internationalen Beziehungen zurückgekehrt zu den Herausforderungen, denen sich die Demokratie stellen muß. Sie erwachsen zumal aus der gleichzeitigen Schwäche des Staates und der Zivilgesellschaft. In den 80er Jahren, als das Sowjetreich seinem Ende entgegenging, schien die politische Bühne beherrscht vom Kampf zwischen dem totalitären Staat und einer neu entstehenden, dissidenten, Widerstand leistenden Zivilgesellschaft. Auffallend war dabei, daß es sich eher um eine Probe auf die Schwäche als auf die Stärke handelte. Das Breschnewsche System war seiner ganzen Anlage nach reaktionsunfähig und brach zusammen, als Gorbatschow den Versuch machte, es noch einmal einer Verjüngungskur zu unterziehen. Die Gesellschaften der Sowjetunion und Osteuropas waren – abgesehen von der Gegenelite der Dissidenten – im wesentlichen passiv, und zwar solange, bis alle sehen konnten, wie das System von oben her kollabierte.

Die große Ausnahme bildet natürlich Polen mit seiner *Solidarność*. Aber auch aus ihr ging nicht wirklich eine pluralistische, tolerante und verantwortungsbewußte Zivilgesellschaft hervor, die imstande wäre, mit Konflikt und Wandel fertigzuwerden und die Entstehung eines Vertrauensverhältnisses zwischen den Bürgern sowie zwischen ihnen und ihrer Regierung zu fördern. Überall in den ehemals kommunistischen Ländern scheinen persönliche Habgier, mafiose Netzwerke und allgemeiner Zynismus mehr Macht zu besitzen als die Achtung vor dem Gesetz und vor politischen Verpflichtungen. Der posttotalitäre Staat wiederum zeichnet sich, wie viele Beobachter – zumal Charles Fairbanks, Kenneth Jowitt und Steven Holmes – festgestellt haben, im Gegensatz zum totalitären Staat eher durch Schwäche aus (die den Quasi-Zusammenbruch einiger seiner lebenswichtigen Institutionen einschließlich der Armee zur Folge hatte). Steven Holmes' Formulierung »ein schwacher Staat mit einem schwachen Band zu einer schwachen Zivilgesellschaft« bringt das wohl gut auf den Punkt.

Auch im Westen sind diese Phänomene präsent, aber zumeist abgeschwächt durch vorkapitalistische Traditionen und bürokratische Strukturen, die – wie Schumpeter prophezeite – zwar Voraussetzung für das Funktionieren des Kapitalismus sind, durch dessen »schöpferische Zerstörung« aber untergraben werden.

Am stärksten untergraben werden Glaubwürdigkeit und Legitimität der Regierungen und der politischen Eliten. Nach dem Ende der globalen Ideologien und angesichts zunehmender globaler Zwänge wird die traditionelle Gliederung des politischen Lebens tendenziell durch zwei Achsen ersetzt: eine vertikale, auf der sich Technokratie und Populismus, sowie eine horizontale, auf der sich Globalisten (oder Universalisten) und Nationalisten (oder Partikularisten bzw., wie Charles Maier sie nennt, Territorialisten) gegenüberstehen. Natürlich tragen Technokratie und Globalisierung selber zu den Wellen von Populismus und Partikularismus bei, da die letzteren ja als Gegenreaktion auf die ersteren entstehen.

Zwischen diesen beiden Achsen sind vielfache Kombinationen möglich. Eine besonders naheliegende, häufige und explosive Mischung ist der populistische Nationalismus oder Territorialismus. Ebenso folgerichtig ist der technokratische Universalismus oder Globalismus. Auch der technokratische Nationalismus oder Territorialismus fehlt nicht. Zumal Frankreich und vielleicht Japan verfügen über technokratische Eliten, die sich dem Erhalt der Machtstellung und Souveränität ihres Staates verschrieben haben. Nicht vertreten ist die vierte Kombination: der populistische Globalismus oder Universalismus. Zwar gibt es eine von den Medien getragene, weltweite Populärkultur, außerdem Solidaritäts- oder Hilfsorganisationen; aber es gibt keine wirkliche politische Verbindung zwischen



einerseits den weltweiten Wirtschafts- oder Technologie-Eliten bzw. den humanitären oder pazifistischen Gegeneliten und andererseits den breiten Massen. Vielleicht sind islamischer Fundamentalismus und Umweltorganisationen wie Greenpeace die einzigen Beispiele für mehr oder minder globale Netzwerke, die imstande sind, in der breiten Bevölkerung eine relativ konstante Anhängerschaft zu mobilisieren.

Insgesamt ist die gegenwärtige Situation indessen durch die Instabilität von Kollektivgebilden und Vermittlungsstrukturen gekennzeichnet. Selbst in den beiden eben erwähnten Beispielen bleibt unklar, ob »der Islam« ein einheitliches politisches Subjekt ist, ob er sich in konkurrierende Versionen aufspaltet oder einfach mit dem arabischen Nationalismus bzw. mit dem in diesem oder jenem neuen Nationalstaat neu entstehenden Patriotismus rivalisiert; und auch das ökologische Engagement kann entweder zu weltweiter Solidarität im Namen des Planeten oder zu regionalen und nationalen Identifikationen und Konflikten führen. Der Nationalstaat verliert seine selbstverständliche Identität und Legitimität; das gleiche aber gilt für andere kollektive Identitäten wie Völker oder Ethnien, ebenso für die internationalen Organisationen oder Institutionen, und zwar sowohl für die weltweit als auch für die regional operierenden.

Ein besonders schlagendes Beispiel ist die Europäische Union. Eigentlich müßte ihre Rolle genau darin bestehen, zwischen Globalismus und Territorialismus zu vermitteln, und das heißt, eine flexible öffentliche Sphäre bereitzustellen, in der Raum für eine Vielzahl von Loyalitäts-, Solidaritäts- oder Aktivitätsebenen bleibt. Doch meistens scheint die EU von beiden Welten nur das Schlechteste zu übernehmen. Föderalismus und Subsidiarität lassen zwar zusätzliche Machtebenen entstehen, aber letzten Endes bringen sie es nicht fertig, ein breites Engagement zu erzeugen, sondern liefern nur einen Sündenbock (»die Brüsseler Technokraten«) für die Unzufriedenheit mit der Globalisierung und das Versagen der einzelnen Regierungen. Auf der horizontalen Achse wird die Europäische Union von beiden Seiten kritisiert: sowohl von den Territorialisten, die sie mit globaler Verflechtung und folglich mit Immigration und ausländischer Konkurrenz gleichsetzen, als auch von den Globalisten, die in ihr einen Schutz- und Trutzbund des reichen Mannes sehen. Will man aber das Streben nach Einheit und Stabilität in Einklang bringen mit der Wirklichkeit von Komplexität und Wandel, dann gibt es nur einen Weg: die Schaffung von Inseln demokratischer Legitimität und demokratischen Dialogs – was die EU denn auch, gestützt auf eine Kombination von wirtschaftlicher Verflechtung, gesellschaftlichem Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit, zu fördern versucht.

*Jenseits von Ökonomie und Kultur*

Noch nicht gelungen ist der EU bis dato eine echte Republik im politischen und philosophischen Sinne. Aber darin ist sie eher repräsentativ für die heutige Welt überhaupt. Auf der historischen Bühne dominieren, so scheint es, die Zwänge der wirtschaftlichen Verflechtung und das erneute Pochen auf kulturellen Identitäten. Besonders augenfällig wird das an den beiden großen vereinfachenden Mythen, die nach dem Ende des Kalten Krieges von den Vereinigten Staaten aus verkündet wurden: Fukuyamas »Ende der Geschichte« und Huntingtons »Kampf der Kulturen«. Der erstere nämlich proklamiert den Primat der Ökonomie, der letztere den Primat der Kultur (der »culture« in einem unscharfen Sinne, da Huntingtons Wortgebrauch dem deutschen Wort »Kultur« näher ist als dem englischen »civilization«, das er in seinem Titel verwendet). Hinter dem Konflikt zwischen Ökonomie und Kulturen steckt, bewußt oder unbewußt, ein älterer und fundamentalerer Konflikt, nämlich der zwischen Wissenschaft (qua Technologie) und – transzendenter oder säkularisierter – Religion (qua Nationalismus). Natürlich gibt es diesen Konflikt schon seit dem 18., in gewissem Sinne sogar seit dem 16. Jahrhundert; und in noch anderem Sinne ist er so alt wie der rationale Diskurs und die Heilssuche des Menschen. Die totalitären Ideologien wollten Wissenschaft und Religion in Einklang bringen, indem sie sowohl wissenschaftliche Gewißheit für sich reklamierten als auch Heilsversprechen transportierten. Der Kommunismus war eher eine Pseudowissenschaft, aber mit deutlich religiösen Aspekten im Stalinkult, im sektenähnlichen Parteaufbau und in der totalen Hingabe der Aktivisten. Der Nationalsozialismus war eher eine Pseudoreligion, stützte sich aber auf eine vorgeblich wissenschaftliche Rassentheorie. Als totalitäre Ideologien haben beide versucht, politische Antworten auf metaphysische Probleme (z.B. das Schicksal des Menschen) und metaphysische Antworten auf politische Probleme (z.B. die beste Organisation der Gesellschaft) zu geben.

Nach dem Ende der totalitären Ideologien stehen wir nun vor der Dissoziation und dem direkten, unvermittelten Widerstreit der beiden Ansprüche – des universalistischen und homogenisierenden Anspruchs der Wissenschaft (und letztlich der Mathematik) und des unterscheidenden Anspruchs der Religion (und letztlich vielleicht der Dichtung). Was fehlt und was dringend gebraucht wird, ist eine Renaissance und Mitwirkung jener beiden geborenen Vermittler, die heute die Verlierer sind und über dem Kampf der beiden Giganten fast in Vergessenheit geraten scheinen. Sie heißen Politik und Philosophie.

*Aus dem Englischen von Monika Noll*

*Anmerkungen*

- 1 Vgl. G. John Ikenberry, *The Myth of Post-Cold War Chaos*, in: *Foreign Affairs*, May/June 1996; sowie Michael Mandelbaum, *The Dawn of Peace in Europe*, Twentieth Century Fund, New York 1996. Letzterem zufolge gilt dies auch für jene durch Abrüstung, Transparenz und den Primat der Verteidigung garantierte Rüstungskontrolle, die den »Beginn eines Friedens in Europa« gebracht habe.
- 2 Vgl. vor allem Kalevi J. Holsti, *The State, War, and the State of War*, Cambridge (MA) 1996.
- 3 Robert Cooper, *Gibt es eine neue Weltordnung?*, in: Dieter Senghaas (Hg.), *Frieden Machen*, Frankfurt a.M. 1997, S. 119.
- 4 In diesem Zusammenhang ist »Bürger« im Sinne von »bourgeois«, nicht von »citoyen« zu verstehen. (Anm. d. Red.).
- 5 Auf diese Dialektik bin ich in anderen Publikationen ausführlicher eingegangen. In deutscher Sprache siehe: *Bürger und Barbar. Gewalt und Krieg in Philosophie und Geschichte*, in: Erhard Crome und Lutz Schrader (Hg.), *Immanuel Kant und der internationale Frieden*, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, 1996; sowie: *Jenseits von Krieg und Frieden*, in: *Internationale Politik*, Jg. 52, Nr. 9, September 1997.
- 6 Rudolph Rummel, *Death by government*, New Brunswick (NJ) 1995.